



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 10. März 2009 (13.03)  
(OR. en)**

**6356/2/09  
REV 2**

**COPEN 31**

**ÜBERARBEITETER ÜBERMITTLUNGSVERMERK**

Absender:	Herr Tibor Kiss, Ständiger Vertreter, Ständige Vertretung Ungarns bei der Europäischen Union
Empfänger:	Herr Ivan BIZJAK, Generaldirektor, DGH, Justiz und Inneres, Generalsekretariat des Rates
Betr.:	Rahmenbeschluss 2005/214/JI vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen – Notifizierungsschreiben

Die Delegationen erhalten in der Anlage ein Notifizierungsschreiben Ungarns.

STÄNDIGE VERTRETUNG DER  
REPUBLIK UNGARN BEI DER EUROPÄISCHEN UNION

1122/HÁK/EU/Adm./2007

**Herrn Ivan BIZJAK**

Generaldirektor

Justiz und Inneres

Generalsekretariat

des Rates der Europäischen Union

1049 Brüssel

Sehr geehrter Herr Generaldirektor,

ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass mit folgenden diesem Schreiben beigelegten Gesetzen die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen vollendet wird:

- Gesetz XXXVI von 2007 über Rechtshilfe bei geringfügigen Zuwiderhandlungen;
- Gesetz XXXVIII von 1996 über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen;
- Gesetz XIII von 2007 zur Änderung des Gesetzes XXXVIII von 1996 über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen und des Gesetzes CXXX von 2003 über die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Strafsachen;
- Gesetz CXXX von 2003 über die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Strafsachen.

Ich möchte Ihnen ferner mitteilen, dass die Republik Ungarn die folgenden Erklärungen zu Artikel 2 und Artikel 16 des Rahmenbeschlusses abgeben möchte:

"Artikel 2

- Tritt die Republik Ungarn als Entscheidungsstaat auf, so sind die ungarischen Gerichte gemäß dem Rahmenbeschluss zuständig;

- in Anwendung von Artikel 1 Buchstabe a Ziffer iii des Rahmenbeschlusses sind die Gerichte, hochrangige Verwaltungsbeamte ("**jegyző**") der Gemeinden, Städte, Städte mit Komitatsstatus und Hauptstadtbezirke, Polizeistationen (Polizeibehörden), die Mineninspektion, die Arbeitsbehörde und die Arbeitsschutzbehörde, die für die Erhaltung von Naturschutzgebieten zuständige Behörde und die Gesundheitsbehörden der Republik Ungarn gemäß dem Rahmenbeschluss zuständig, wobei das **Nationale Polizeipräsidium** die zentrale Behörde ist;
- tritt die Republik Ungarn als *Vollstreckungsstaat* auf, so sind die Gerichte der Republik Ungarn gemäß dem Rahmenbeschluss zuständig;
- in Anwendung von Artikel 1 Buchstabe a Ziffer iii des Rahmenbeschlusses ist das **Nationale Polizeipräsidium** die gemäß dem Rahmenbeschluss zuständige Behörde.

#### Artikel 16

- In Artikel 1 des Gesetzes CXXX 67/L von 2003 ist ausdrücklich vorgesehen, dass Ersuchen auf Ungarisch entgegengenommen werden;
- gemäß dem Gesetz XXXVI von 2007 über Rechtshilfe bei geringfügigen Zuwiderhandlungen können Ersuchen auf Ungarisch entgegengenommen werden."

(Schlussformel)

Tibor Kiss  
Botschafter